

Regierung in Bonn die historischen gewachsenen Realitäten, das heißt die Existenz zweier souveräner deutscher Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen, vorbehaltlos anerkennt und der Anknüpfung gleichberechtigter staatlicher Beziehungen auf rechtsverbindlicher Basis zustimmt. Eine weitere Weigerung der Bonner Regierung, einen solchen Vertrag abzuschließen, wie ihn der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, der Bonner Regierung unterbreitet hat und in dem vor allem eine vertragliche Vereinbarung über den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander enthalten ist, würde nur beweisen, daß die Bonner Regierung keinen Abbau der Spannungen wünscht, von etwaigem schrittweisem Abbau der Spaltung Deutschlands gar nicht zu reden.

Bei dieser Lage kann die Ernüchterung in Bonn, die von der neuen Verfassung ausgelöst werden wird, nur Gutes stiften. Wenn die westdeutschen Bürger und ihre Regierung endlich die historischen Tatsachen anerkennen, an denen sie ohnehin nichts zu ändern vermögen, dann kann der notwendige Neubeginn in Westdeutschland, von dem ich in meiner Neujahrsbotschaft gesprochen habe, seinen Anfang nehmen. Ich bin überzeugt, daß unsere sozialistische Verfassung dabei gute Dienste leisten wird.

Die nationale Frage in Deutschland ist eine Klassenfrage. Sie ist eine Frage von Sozialismus, Demokratie und Frieden oder Monopolkapitalismus, Neonazismus und imperialistischer Expansion, das heißt Krieg.

Wir verstehen gut, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein langer Prozeß ist. Er erfordert vor allem die Bewältigung der nazistischen Vergangenheit und der imperialistischen Gegenwart in Westdeutschland, einschließlich der Pariser Spalterverträge. Alle Reden Bonner Minister über Entspannung und Zusammenarbeit klingen doch hohl oder verdächtig nach Betrug, solange sie die historische Tatsache zu verschleiern versuchen, daß die Bindung Westdeutschlands durch den Staatsstreich Adenauers an die Pariser Verträge und an die NATO jeden Schritt zum Abbau der Spaltung Deutschlands blockiert. Solange Westdeutschland an die Pariser Verträge gebunden ist, in denen die Regierung Westdeutschlands das Recht auf Verhandlungen über die Deutschlandpolitik an die drei Westmächte verkaufte, und solange die Bonner Regierung auf dem Standpunkt steht, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nur unter den Bedingungen der Eingliederung ganz Deutschlands in die NATO erfolgen kann, ist das Auftreten der verschiedenen Bonner Schönredner absolut unglaubwürdig. Es kommt hinzu, daß sich ja schließlich die Bonner Regierung zu allen anderen Übeln auch in die Globalstrategie der USA eingefügt hat. Sie verschweigt nicht einmal, daß sie mit imperialistischen Manieren um die Vorherrschaft in Europa kämpft.

Wenn man also fragt, wie unter diesen Bedingungen die Bestimmungen des Artikels 8 des Verfassungsentwurfs realisiert werden können, so kann ich nur sagen: Das setzt den Willen zu einem neuen Anfang in Westdeutschland voraus.

*Wie wäre das möglich?* Der Abschluß eines Vertrages über Gewaltverzicht und eines Vertrages über gleichberechtigte staatliche Beziehungen, dazu einer Vereinbarung, daß beide deutsche Staaten ihre Aufnahme in die UNO beantragen, daß die westdeutsche Bundesrepublik aus den Pariser Verträgen austritt und dem Vorschlag auf Auflösung der NATO zustimmt, könnte einen Vertrauen schaffenden Neubeginn eröffnen.

Was die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten betrifft, so meine ich, ist in Bonn nur der ehrliche Wille zur Herstellung normaler gleichberechtigter staatlicher Beziehungen notwendig.

Ein namhafter Politiker der westdeutschen FDP meinte kürzlich in bezug auf